

Satzung

über die Schülerbeförderung des Landkreises Gotha

Aufgrund der §§ 98 Abs. 1, 99 Abs. 2 und 100 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) und des § 4 Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG) in der Neubekanntmachung vom 30. April 2003 (GVBl. S. 258) erlässt der Landkreis Gotha folgende Satzung.

§ 1

Grundsätze der Schülerbeförderung

- (1) Träger der Schülerförderung ist der Landkreis Gotha für die in seinem Gebiet wohnenden Schüler mit Ausnahme der Schüler von Spezialschulen und – klassen, sowie bei Grund- und Regelschulen in Trägerschaft der Städte Gotha und Waltershausen.
- (2) Für Schüler, die im Landkreis Gotha wohnen und eine Schule in freier Trägerschaft besuchen gilt nach § 18 Abs. 1 Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (ThürSchufTG) diese Satzung entsprechend.
- (3) Schülerbeförderung ist die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg. Die Beförderungs- oder Erstattungspflicht besteht grundsätzlich für die kürzeste Wegstrecke zwischen der Wohnung des Schülers und der nächstgelegenen, aufnahmefähigen staatlichen Schule, die dem Schüler den von ihm angestrebten Schulabschluss ermöglicht.

Bei der Bestimmung der nächstgelegenen Fachoberschule bzw. Berufsfachschule wird nicht nach Fachrichtung unterschieden. Abschluss ist „Fachhochschulreife“ bzw. „Realschulabschluss“.

Schüler, die das berufliche Gymnasium besuchen bzw. am beruflichen Gymnasium die Doppelqualifikation erwerben, haben für die Dauer von 3 Schuljahren einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung bis zum nächstgelegenen beruflichen Gymnasium.

§ 2

Durchführung der Schülerbeförderung

- (1) Die Schülerbeförderung wird vorrangig mit Hilfe der öffentlichen Verkehrsmittel durchgeführt.
- (2) Der Landkreis Gotha entscheidet über die wirtschaftlichste und bei behinderten Schülern über eine der Behinderung adäquate Beförderung. Im Rahmen der wirtschaftlichsten Beförderung kann unter Berücksichtigung des Alters der Schüler auch die Benutzung mehrerer Beförderungsmittel für den Schulweg zumutbar sein.
Wenn der Schüler eine andere als die vom Schulträger festgelegte Beförderung wählt, werden ihm die Mehrkosten nicht erstattet. Bei Nichtnutzung einer eingerichteten Schülerbeförderung zur Schule entfällt jegliche Erstattung von Fahrtkosten.

- (3) Eine Erstattungspflicht im Falle der Beförderung mit Privatfahrzeugen besteht nur, wenn und soweit die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmittel oder mit der organisierten Schülerbeförderung nicht möglich und der Landkreis Gotha auf Antrag der Beförderung vorher zugestimmt hat.

Eine Erstattungspflicht besteht nur für Fahrten, bei denen das Privatfahrzeug ausschließlich zum Zweck der Schülerbeförderung eingesetzt wird, nicht aber für Fahrten, bei denen ein oder mehrere Schüler anlässlich der Fahrt der Eltern oder einer dritten Person zum Arbeitsort mitgenommen werden. Für genehmigte Fahrten wird die Höhe der Erstattung gemäß des jeweils gültigen Thüringer Reisekostengesetzes festgelegt. Hierbei ist nur der tatsächlich entstandene Aufwand zu erstatten. Abwesenheitstage werden nicht berücksichtigt.

- (4) Fahrtkosten für Fahrten zum Betriebspraktikum der Schüler der allgemein bildenden Schulen werden in der Regel nur auf dem Gebiet des Landkreises Gotha übernommen.
- (5) Bei kurzfristig auftretenden Unterrichtsausfällen oder Freistellungen (z. B. wegen Krankheit von Lehrkräften, an besonders heißen Tagen, an Tagen der Zeugnisausgabe) bzw. außerplanmäßigem Unterrichtschluss (z.B. Sportfest) besteht kein Anspruch auf Beförderung außerhalb des Fahrplans der öffentlichen bzw. genehmigten Verkehrsmittel.

§ 3

Kostenbeteiligung

Der Landkreis beteiligt bei der Beförderung der Schüler ab Klassenstufe 11 sowie der zweijährigen FOS und derjenigen Berufsfachschulen, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss vermitteln, die Eltern, bei volljährigen Schülern die Schüler selbst an den Kosten der Schülerbeförderung auf dem Schulweg.

Der Selbstkostenanteil beträgt pro Monat 40,00 bzw. pro angefangener Woche 10,00 € Darüber hinausgehende Fahrtkosten werden auf Antrag vom Landkreis Gotha erstattet.

§ 4

Verfahrensweise der Rückerstattung

- (1) Der Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg ist in der Regel nach Ablauf eines Quartals, spätestens jedoch zwei Monate nach Ablauf eines Schulhalbjahres geltend zu machen. Schüler aus den Schulen im Landkreis Gotha reichen die Unterlagen über das Sekretariat der jeweiligen Schule zur Bestätigung der sachlichen Richtigkeit beim Schulträger ein. Die übrigen Schüler haben sich vor Einreichung beim Landkreis Gotha die sachliche Richtigkeit der Unterlagen von der besuchten Schule bestätigen zu lassen.

- (2) Die Erstattungspflicht besteht nur in der Höhe, wie sie bei Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreisermäßigungen für die preisgünstigste Verkehrsverbindung unter Beachtung der Ferienzeiten zwischen Wohnung und Schule entsteht.

Beförderungskosten müssen durch Fahrkarten belegbar sein, wenn die Erstattung nicht durch Bescheid anderweitig geregelt ist.

§ 5

Erlass des Selbstkostenanteils

Erhalten die Eltern bzw. die volljährigen Schüler selbst Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII, so wird der Selbstkostenanteil gemäß § 3 auf Antrag für die Zeit des Leistungsbezuges erlassen. Vor Beginn eines Schulhalbjahres ist der Nachweis über den weiteren Bezug von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld vorzulegen.

§ 6

Übergangsbestimmung

Die in den mit der Thüringerwaldbahn und Straßenbahn Gotha GmbH und der RVG GmbH bis zum 31.12.2004 abgeschlossenen Verträgen über Monatskarten im Ausbildungsverkehr festgelegten Erstattungsbeträge behalten bis zum Ablauf des Schuljahres 2004/05 ihre Gültigkeit.

§ 7

In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am 1. Februar 2005 in Kraft.